

Stadt Freiburg im Breisgau - Bürgermeisteramt Dezernat V
Postfach, D-79095 Freiburg

Freiburg Lebenswert
Stadtrat Dr. Winkler

- per E-Mail als PDF -

Dezernat V

Adresse: Fehrenbachallee 12
Gebäude A
D-79106 Freiburg i. Br.
Telefon: 0761 / 201 - 4151
Telefax: 0761 / 201 - 4099
Internet: www.freiburg.de
E-Mail*: dez-V@stadt.freiburg.de

Ihr Zeichen/Schreiben vom

Unser Aktenzeichen

Ihnen schreibt

Freiburg, den
05.07.2023

**Anfrage nach § 24 Abs. 4 GemO zu Sachthemen außerhalb von Sitzungen
hier:
Bebauungsplan „Rossbächle“ unter Maßgabe des §13b BauGB**

Sehr geehrter Herr Stadtrat Dr. Winkler,

vielen Dank für Ihre Anfrage vom 12.04.2023. Zu Ihren Ausführungen kann ich Ihnen folgende Rückmeldung geben:

Der Paragraph 13b Baugesetzbuch wurde vom Gesetzgeber eingeführt, um möglichst beschleunigt dringend benötigten Wohnraum zu entwickeln. Dazu ermöglicht § 13b BauGB unter bestimmten Voraussetzungen die Anwendung der Regelung zum beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB auch für Außenbereichsflächen und schafft damit Verfahrenserleichterungen für bestimmte Bebauungsplanverfahren.

Dabei bedeutet die Anwendung des beschleunigten Verfahrens in der Tat auch Erleichterungen bei der Berücksichtigung von Umweltaspekten. Allerdings kann ein beschleunigtes Verfahren bei Außenbereichsflächen nach § 13b BauGB auch nur in räumlich begrenztem Umfang und nur unter der Voraussetzung des Anschließens an im Zusammenhang bebaute Ortsteile durchgeführt werden.

Im vorliegenden besonderen Fall des Bebauungsplangebiets Rossbächle wurde der beschleunigten Entwicklung von dringend benötigtem Wohnraum gegenüber einem Regelverfahren Vorzug gegeben und von der gesetzlichen Möglichkeit des § 13b BauGB rechtmäßig Gebrauch gemacht.

Ihre Annahme, dass im Bebauungsplanverfahren Rossbächle die Fristen des § 13b BauGB nicht eingehalten worden seien trifft nicht zu. § 13b S.2 BauGB bestimmt: *„Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplans nach Satz 1 kann nur bis zum Ablauf des 31. Dezember 2022 förmlich eingeleitet werden; der Satzungsbeschluss nach § 10 Absatz 1 ist bis zum Ablauf des 31. Dezember 2024 zu fassen.“*

Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Rossbächle wurde am 22.10.2019 gefasst, der Satzungsbeschluss soll nun am 25.07.2023 erfolgen. Damit sind die in § 13b BauGB vorgesehenen Fristen eingehalten.

Die aus der Nachbarschaft des Bebauungsplangebiets geäußerte Rechtsauffassung, die Regelung des § 13b (neu) BauGB sei entgegen ihres Wortlauts einschränkend dahingehend auszulegen, dass solche vor der Einführung des § 13b (neu) BauGB 2021 unter Geltung des § 13b (alt) BauGB begonnene Verfahren entweder bis Ende 2021 hätten abgeschlossen werden müssen oder unter Geltung des § 13b (neu) BauGB ein neuer Aufstellungsbeschluss hätte gefasst werden müssen, teilen wir nicht. Siehe dazu das angehängte Antwortschreiben als Erwiderung auf diese Ausführungen.

Die Fristen des § 13b BauGB sind nicht verstrichen, von der Regelung des § 13b BauGB wird im vorliegenden Verfahren rechtmäßig Gebrauch gemacht.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Martin Haag
Bürgermeister

Anlage